

Gänse im Garten

Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft und Nutzgärten am Beispiel Gartz an der Oder

von Elisabeth Meyer-Renschhausen

In der Provinz der ehemaligen DDR bildeten Nebenerwerbs- und Subsistenzlandwirtschaft eine inoffiziell-offizielle Schattenwirtschaft, die fester Bestandteil einer „heimlichen Sozialpolitik“ war. Auch nach der Wende ist agrarkulturelle Eigenarbeit eine soziale Tatsache, die zur Lebendigkeit der betroffenen Ortschaften beiträgt – ohne dass dieser Umstand von der heutigen Sozialpolitik gesehen und anerkannt wird.

Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung stößt weltweit immer mehr Menschengruppen in die Erwerbslosigkeit und lässt sie vom Wohlleben einer reicher werdenden Schicht abhängen. In Süd- und selbst in Nordamerika sowie in den armen Ländern des Südens reichen die Löhne kaum noch zum Leben. Besonders auf dem Land wächst die Erwerbslosigkeit. Überall – zur Zeit besonders in Polen – fürchten sich die kleinen Bauern vor den transnationalen Märkten. Zugleich wächst für die Arbeitslosen, Vorruehändler und Frauen weltweit die soziale Bedeutung von Kleinlandwirtschaft. Gärten und Zuerwerbsbauern sorgen dafür, dass die Dörfer nicht „aussterben“. Zudem wird die reale Versorgungsleistung der Kleinlandwirtschaft für die Menschen Osteuropas immer deutlicher.

Terminologische Anmerkung: Unter „Kleinlandwirtschaft“ versteht man Nebenerwerbslandwirtschaft, unter „Kleinstandwirtschaft“ eine reine Subsistenzwirtschaft (die im übrigen alles andere als eine bloße „Hobby-Landwirtschaft“ ist). Da sich in der Realität beide Formen jedoch meist mischen, verwende ich in diesem Beitrag auch die Begriffe nicht streng terminologisch.

Die schnelle Angliederung der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik brachte für 89 Prozent der landwirtschaftlich Beschäftigten innerhalb der ersten Jahre nach der Wende die Erwerbslosigkeit, ohne dass bisher irgendein nennenswerter Ersatz gefunden wäre. Aus den LPGen entstanden Agrar-genossenschaften, die nur wenige Menschen beschäftigen. So sind heute – nach eigenen Erhebungen seit 1994 – in ostdeutschen Dörfern maximal noch zwanzig Prozent, meist jedoch sehr viel weniger der Einwohner in der Landwirtschaft tätig.

Über die Hälfte der ehemaligen Genossenschaftsbauern wurden Rentner oder Vorruehändler, ein Fünftel arbeitslos. Die Gruppe der seitdem nicht oder nur vorübergehend Beschäftigten besteht zu zwei Dritteln aus Frauen.

In zentrumsfernen Regionen, also auf dem „platten Land“, sind neue Arbeitgeber nicht zu erwarten. Im Gegenteil, wenn auch die Ersatzarbeitgeber wie Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder Zoll verschwinden, wird die Gegend erneut auf die Landwirtschaft als einzige eigene Ressource verwiesen. Eine paradoxe Art der „Reagrarisierung“ – trotz Verschwindens der Landwirtschaft als Arbeitgeber. Die Männer übernehmen daher Tätigkeiten, die mit längeren Wegen zum Erwerbsarbeitsplatz, täglichem oder wöchentlichem Pendeln verbunden sind. Das bedeutet in der Regel, dass die Frauen auf eine ähnliche Pendeltätigkeit verzichten müssen, soll der Standort als Familiensitz, sollen „Haus und Hof“ nicht aufgegeben werden. Die Menschen sind daher trotz des Verschwindens der Erwerbslandwirtschaft als Einkommensquelle dennoch auf die Landwirtschaft angewiesen, auch wenn sie damit nichts oder nur wenig verdienen können. Denn alle Handlungsräume, die ein „tätiges Leben“ außerhalb des Arbeitsmarktes fördern, erhalten eine neue Bedeutung. So bekommt der Landbau als Feld von „Eigenarbeit“ eine neue Rolle. Durch landwirtschaftliche Eigenarbeit, also Selbstversorgerlandwirtschaft im Rahmen weit gespannter Netzwerke von Freundes- und Familiengruppen, helfen sich die Osteuropäer durch die Krise hindurch. Schattenarbeiten, Hausarbeiten und ländliche Subsistenzwirtschaften sind auch in ostdeutschen Dörfern die Basis gemeinschaftlicher Überlebensstrategien. Wie im Fall der Gemein-

schaftsgärten von New York verhindert die Kleinstlandwirtschaft in ostdeutschen Dörfern den sozialen Verfall aus Resignation (1). Die Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land zu fördern, könnte daher auch bei uns wieder zu einem wichtigen sozial-politischen Anliegen werden.

Landwirtschaft in der Kleinstadt Gartz an der Oder

Hundert Kilometer nordöstlich von Berlin, nahe an der polnischen Grenze, liegt Gartz an der Oder – „am Ende der Welt“, wie manche Leute dort klagen. In Gartz samt Dörfern in der Umgebung waren vor der Wende die beiden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die mit Abstand größten Arbeitgeber. 1990/91 verloren von 400 ehemaligen LPG-Beschäftigten fast alle ihre Anstellung. Die LPG-Tierproduktion wurde mit Gewinn aufgelöst, ein großer Teil der Genossenschaftler ging in den Vorruhestand. Die Pflanzen-LPG konnte als Agrar-GmbH gerettet werden, bietet heute aber kaum mehr als ein Dutzend Arbeitsplätze. Die wenigen Mitarbeiter der Agrar-GmbH sind davon abhängig, dass die ehemaligen LPG-Bauern darauf verzichten, sich auszahlen zu lassen. Da die Agrar-GmbH ohne Kapitalstock arbeitet, wäre eine Auszahlung der Ruin des Betriebes. Die Praxis der Berliner Treuhand-Behörde, den LPG-Nachfolgebetrieben Äcker nur jahresweise zu verpachten, empfinden die Agrar-GmbH-Mitarbeiter als diskriminierend. Den Zwang, merkwürdige fiktive Schulden, die das DDR-Regime den LPGen auferlegt hatte, als wirkliche Schulden abzuzahlen, empfinden die Mitarbeiter als ungerecht.

Insgesamt hatten die Ortsbewohner fünf Jahre nach der Wende den Eindruck, in finstere vorsintflutliche Zeiten zurückgestoßen zu sein. „Bezüglich der Landwirtschaft sind wir jetzt wieder im letzten Jahrhundert angekommen“, meinte die Frau des ehemaligen LPG-Vorsitzenden 1994 zu unserer Seminargruppe. „So wie es jetzt ist, war es in meiner Kindheit: Privateigentum und Kleinbetriebe“. Zunächst hielten wir diese Aussage für übertrieben, denn bis dahin wurde uns gegenüber von diesen Kleinbetrieben nicht gesprochen. Wir haben die Kleinlandwirtschaften daher auch nicht wahrgenommen. Erst im Rahmen unserer narrativen Interviews (2) stoßen wir darauf, dass viele im Ort sich als „Hobbylandwirte“ begreifen und anderen zumindest ein großer Nutzgarten wichtig ist. Woher kommt diese Art von Kleinlandwirtschaft in einer Gegend Ostdeutschlands, die vergleichsweise früh und vollständig verkollektiviert

worden war? Mit einem späteren Forschungsseminar gingen wir dieser Frage nach.

Die Nebenerwerbslandwirtschaft östlich der Elbe

Was während der Wende seitens der Politik nicht wahrgenommen wurde und bis heute kaum „Thema“ ist, ist die Tatsache, dass es auch in der DDR eine voll funktionsfähige Nebenerwerbslandwirtschaft gab. Im Wendeprozess wurde diese real existierende DDR-Kleinlandwirtschaft völlig ignoriert und als nicht existent behandelt. So konnte sie im Wendeprozess fast vollständig zerstört werden, ohne dass es zu nennenswerten Protesten kam. Dennoch haben Teile dieser Kleinlandwirtschaft überlebt. Diese sogenannten Hobbybauernhöfe und Nutzgartenwirtschaften sind heute ein wichtiger Grund, der die Menschen in der Provinz hält. Ihre privat betriebene Kleinlandwirtschaft oder der große Garten vermitteln das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun. Für eventuelle Ferien- und Logiergäste sind sie eine erhebliche Attraktion.

Historisch haben diese Kleinlandwirtschaften verschiedene Quellen. Im Nordosten Brandenburgs gab es vor 1945 sowohl freie Bauern mittlerer Größe als auch die für Nordostdeutschland charakteristischen Rittergutsbetriebe. Zwar flohen schon 1945 manche Bauern vor den einrückenden Truppen in den Westen, aber sie wurden oft durch „nachrückende“ Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten „ersetzt“, die in halbverwaiste Höfe einheirateten oder leer stehende Höfe übernahmen. Andere Flüchtlinge aus Pommern, Ostpreußen und Schlesien bekamen von der Verwaltung der russischen Zone 1,5- bis 2,5-Hektar-Grundstücke mit oft sehr unzureichendem Gebäudebesatz zugewiesen, damit sie sich durch Subsistenzlandwirtschaft selbst über die Runden helfen konnten. In den kleinen Landstädten ernährte sich 1945 noch immer ein guter Teil der Einwohner als sogenannte Ackerbürger traditionell aus eigener Landwirtschaft. Andere Stadtbewohner, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus anderen Quellen bestritten, hatten ebenfalls nebenbei bis weit in die 50er Jahre hinein eine Selbstversorgerlandwirtschaft.

Auch in den Landarbeiter-Familien auf den Dörfern war es üblich, dass eine Kleinstlandwirtschaft unterhalten wurde. Viele Dorfbewohner hatten Gemüsegärten, Kartoffeläcker und Kleinvieh wie Hühner, Enten, Gänse oder Schweine. Wie wir dank der von Max Weber zusammengefassten Landarbeiter-Enquete zur Zeit der vorletzten Jahr-

hundertwende wissen, ist das Tradition (3). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten viele Landarbeiter auf den großen ostelbischen Gütern gut funktionierende Kleinstlandwirtschaften. Diese gehörten zum Entlohnungssystem, da die Landarbeiter einen Teil ihres Lohns in Naturalien ausbezahlt bekamen resp. statt Lohn gewisse Mitnutzungsrechte besaßen: sie konnten ihre Kühe mit den „herrschaftlichen Kühen“ weiden lassen oder in den herrschaftlichen Stall einstellen etc. Max Weber war verblüfft über die relative Selbstständigkeit der Frauen dieser Landarbeiterfamilien, die diese kleine „Nebenerwerbs“-Landwirtschaft „autonom“ betrieben. Er sagte diesen Selbstversorgerhöfen jedoch das baldige Verschwinden voraus, da die Spezialisierung in der Großlandwirtschaft und die Monetarisierung des Entlohnungssystems dieser Form der Subsistenzwirtschaft entgegen stand.

„Private Hauswirtschaft“ in Osteuropa

Wie sich heute herausstellt, hatte Max Weber mit seiner Prognose nur teilweise Recht. Die große Not in den Zwanziger Jahren (Inflation, Weltwirtschaftskrise) rehabilitierte sowohl Kleinlandwirtschaften wie Selbstversorgerlandwirtschaften vor allem in den Gebieten östlich der Elbe. Nach 1945 brachte die zwangsweise betriebene Kollektivierung einen Landbau hervor, der die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Lebensmitteln zunehmend schlechter garantierte, zumal die Landwirtschaft wie überall in Osteuropa gezwungen wurde, zwecks Aufbau des Sozialismus viel abzugeben. Die Angst vor Hungerrevolten und Unzufriedenheitsbekundungen ließ die Kleinlandwirtschaft in ganz Osteuropa bald nach vollendeter Kollektivierung (um 1960–62) jedoch schnell wieder auftauchen, nachdem sie um 1960 als nicht mehr existent galt. Sogar dort, wo es aus ideologischen Gründen eine private Nebenbei-Landwirtschaft nicht geben durfte, wie in den mehr stalinistisch regierten sozialistischen Ländern (Sowjetunion, Rumänien, Albanien), und sie deshalb hoch besteuert wurde, hielt sich die Kleinstlandwirtschaft, weil nur sie das Überleben der Bevölkerung garantierte. „Eigenwirtschaften wurden stillschweigend gefördert, nicht nur, um ländlichen Haushalten das Überleben zu sichern, sondern auch, um zusätzliche Haushaltseinkommen zu ermöglichen und um so die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Staatliche Stellen kauften bereitwillig sämtliche Erzeugnisse, die die Haushalte zu verkaufen bereit waren. LPGen wurden ermutigt, ihren Mitgliedern bei der Saat

und der Ernte ihres Landes zu helfen. Doch aus ideologischen Gründen machten die Regierungen – Bulgarien bildete m. E. eine Ausnahme – solche Praktiken nicht publik.“ (4)

Seit der Wende wurden diese Kleinsthöfe erneut wichtig. In Kombination mit einem Lohneinkommen oder einer Arbeitslosenrente oder einem Ruhestandsgeld sichern sie das Überleben der Menschen auf den Dörfern und vielfach auch in den Städten, wo die Menschen von ihren Verwandten aus den Dörfern mitversorgt werden. In Russland etwa sind heute 97 Prozent aller Bauernhöfe solche privaten Haushaltspartellen, die zwar nur 6,2 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche einnehmen, aber 39,6 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion erbringen (5). Für viele der Osteuropäer erfolgte die seit der Wende gestiegene Bedeutung der selbst betriebenen Kleinlandwirtschaft weniger aus eigener Entscheidung denn aus Zwang. Auffallend ist, dass fast überall in Osteuropa die alten Menschen ihre erwachsenen Kinder und deren Kinder durch ihre Kleinsthöfe versorgen, während die Jungen dazu nicht bereit sind. Aber vielfach entstanden – wie etwa besonders in Ungarn – neue Privatbauern eben dort, wo bereits während der Zeit des Sozialismus Haushaltspartellen mit Erfolg betrieben worden waren.

In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas und so auch in Ostdeutschland erhielt die private Nebenbei-Landwirtschaft seit 1980 eine besondere Förderung. Denn die letzte DDR-Regierung sah sich gezwungen, die seit Ende der 70er Jahre rasant zunehmende Landflucht zu bremsen, indem sie den Genossenschaftsbauern das Betreiben einer privaten Kleinlandwirtschaft oder zumindest einen Garten zugestand. Diese „private Hauswirtschaft“, wie das Phänomen hieß, belohnte die DDR-Regierung durch die garantierte Abnahme der Erzeugnisse in eigens dafür eingerichteten örtlichen Aufkaufstellen, und zwar zu hoch subventionierten festen Abnahmepreisen (6). Wie überall in Osteuropa wurde in diesen privaten Kleinlandwirtschaften entweder Gemüse angebaut oder Kleinvieh aufgezogen. In zentrennahen Landstrichen wie im Werderland nahe von Potsdam und Berlin wurde privat Obst und Gemüse angebaut (7), in stadtfernen Gebieten wie in der Uckermark wurde durch private Stallhasen-, Gänse- und Schweinehaltung erhebliches Geld verdient.

Das Zweiteinkommen war wichtig, denn die Löhne, die in der LPG-Landwirtschaft gezahlt wurden, waren sehr niedrig. Fast überall in Osteuropa waren die LPGen nicht in der Lage, ihren Mitglie-

dern den vollen Lohn zu bezahlen und griffen daher de facto auf das alte System der von Max Weber bereits tot gesagten „Naturalentlohnung“ zurück: Pflügen der privaten Parzelle, Futter für die privat gehaltenen Tiere, Hilfe beim Hausbau durch die Kollegen.

Da man die LPG-Genossen nicht von ihrem Land enteignet hatte, war es in mehreren sozialistischen Staaten Praxis, die LPG-Genossenschaftsbauern dazu zu verpflichten, auch das Risiko der jeweiligen LPG mit zu tragen. Gegebenenfalls wurde der noch ausstehende Lohn am Jahresende nach der Gesamtbilanz ausgezahlt oder auch nur der LPG gutgeschrieben (7). Viele Ortsbewohner hielten daher ihren Hofbetrieb auch nach 1960 aufrecht, als die Vollbauern zum Beitritt in die LPG gezwungen wurden. „Wir hatten das Vieh ja zuerst noch bei uns zu Hause, dazu ein, zwei Kühe, zum persönlichen Gebrauch, die noch unsere waren“, berichtet mir Frau Danzig aus Gartz. Als ihr Mann dann schon in der LPG war, wurde es auf die Dauer für sie allein zu schwer: 1965 verkauften sie alle Kühe (8). Wie um 1900 sich die Landarbeiter „Ostelbiens“ weitgehend von Selbstgebautem ernährten (was auch in Mittel- und Osteuropa nach 1945 fast überall der Fall war), behielten auch die LPG-Bauern in Gartz an der Oder nach der Gründung der LPG ihre Nebenerwirtschaft bei, um ihre Versorgung zu sichern. Das Uhrmacherpaar hielt bis zur Wende Schweine, Hühner und Gänse. Der heutige Amtsleiter hielt Schweine. Noch heute erinnern die vielen Gänse und Enten in den Hausgärten an diesen Nebenerwerb.

Vor der Wende brachte die private Kaninchen- und Schweineaufzucht sowie die Geflügelhaltung ein spürbares Zweiteinkommen, das manchmal sogar den LPG-Lohn übertreffen konnte. Zeitweilig brachte den Menschen der Region am unteren Oderlauf auch der Tabakanbau einigen Verdienst. Es war diese Nebenerwerbslandwirtschaft, die den LPG-Mitgliedern das reale Zweiteinkommen verschaffte, das ihnen einen angemessenen Lebensstandard garantierte. Es handelte sich um Kleinlandwirtschaften, die durch Verkauf ein deutliches Zusatzeinkommen brachten. Erst heute sind sie in der Regel in Kleinstlandwirtschaften verwandelt, in denen fast nur noch für den (erweiterten) Eigenbedarf produziert wird.

Nebenerwerbslandwirtschaft im Postsozialismus

„So'n Acker Tabak“, informiert mich Herr Wilhelm aus dem Gartzter Bauamt lebhaft, „das brachte doch

so ein paar hundert Mark im Jahr zusätzlich, das war vor der Wende nicht wenig.“ Ein Zentner Tabak brachte damals 450 Mark, ein Schwein fast 1.500 Mark und ein Kaninchen bis zu 60 Mark – Preise, an die heute nicht mehr zu denken ist. Bis zur Wende hatten etwa Herr Gerdes und Frau Meyer zusammen 30 Hühner und 20 Kaninchen, heute halten sie nur noch fünf Hühner und fünf Stallhasen, denn während man bis 1989 50 Mark fürs Karnickel bekam, sind es heute nur noch 15 Mark, berichten sie uns im Sommer 1996. Herr Gerdes baute vor 1989 auf einem halben Morgen Land Tabak an und bekam dafür um die 2.000 Mark im Jahr zusätzlich heraus. Tabakanbau war und ist viel Arbeit, besonders arbeitsintensiv sind die zwei Sommermonate, die die Pflanzen bis zur Ernte brauchen. Die ganze Familie musste mithelfen: „Nach der Arbeit die Frau hinten auf's Moped und dann ging's los. Auch die Mädchen mussten mithelfen.“ (9) Insgesamt braucht der Tabak von der ersten Pflanzaktion bis zum Ende der Trocknungsphase neun Monate.

Als wir 1994 nach Gartz kamen, war der Tabakanbau bereits fast zum Erliegen gekommen, nur noch in den Umlanddörfern gab es einige kleinere Tabakfelder. Der Tabakanbau wurde allgemein tot gesagt. Vor 1989 hatte der Tabakanbau einer anderen von uns befragten Familie im Jahr zusätzliche 5.000 bis 6.000 Mark gebracht, 1995 waren es aber nur noch 2.000 bis 2.500 Mark. Die Familie gab ihn daher 1996 auf. Aber gleichzeitig fingen in Nachbarorten wie Friedrichsthal andere mit dem Tabakanbau wieder an. Sind nämlich Acker, Scheune und eine große Familie vorhanden, die zum Ernteeinsatz bereit ist, lohnt sich der Tabakanbau auch heute. Man baut jetzt eine anspruchsvollere Sorte an, die zwar mehr Arbeitskräfte erfordert, aber besser verkauft werden kann, nun, da es keine staatlich organisierte Abnahme mehr gibt. Bereits 1996 spielte der Tabakanbau wieder eine erhebliche Rolle in der Region, bestätigte uns der Amtsleiter. Zweifelsohne beziehen jedoch heutige Tabakanbauer ihr Einkommen vor allem aus ihrer Rente, aus Vorruhestandsgeldern, Arbeitslosengeld oder sogar Sozialhilfe.

Von der Schattenwirtschaft zur „weiblichen Ökonomie“

1996 kamen wir als Seminargruppe von der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität in Berlin auf unserer Exkursion in Gartz mit Frau Walter ins Gespräch. Seit sie erneut erwerbslos ist, betreibt sie wieder ihren kleinen Hof, aber diesmal mehr oder minder allein, da

Mann und Tochter Arbeit haben. Sie hält Enten, Gänse und Schweine und hat einen Obstgarten, aber bedeutend weniger als vor der Wende: „Man wird nichts mehr los, weil die Leute alles küchenerfertig haben wollen“ (9). Im Scheunenviertel bestellt die Familie zudem einen Hektar Mais und einen Hektar Pachtland mit Weizen. Der Gemüseanbau geschehe allerdings nur noch „in den Dimensionen von Suppengrün“ meint sie, weil ihr Mann von seinem heutigen Arbeitgeber – im Gegensatz zu früher als LPG-Arbeiter – nicht mehr frei bekomme und also nur noch an den Wochenenden zur Verfügung stehe. Frau Walter wäre gerne wieder berufstätig, da es ihr Freude macht, unter Leuten zu sein, aber sie zeigt mir bei meinem Besuch im Spätsommer 1996 auch stolz ihre Schweine. Zum Garten hat sie allerdings kaum noch Lust, da sich heute die Kosten der Samen gegenüber der Zeit vor 1989 erheblich verteuert haben. Auf die Frage, warum sie diese Art der Betätigung gewählt hatte, meint sie: „Woll'n sagen, wir sind es so gewohnt.“ Außerdem – darin war sie sich mit anderen von uns befragten Kleinlandwirten und Gartenbetreiberinnen einig – „schmeckt es einfach besser“.

Die Anerkennung der Kleinst- bzw. Subsistenzlandwirtschaft ist nicht selbstverständlich. Die Nebenerwerbslandwirtschaft wird nicht ernst genommen, weil die Betreiberfamilien ihr Haupteinkommen von anderer Stelle beziehen. Die Kleinbauernwirtschaft gilt, weil sie „Flächen belegt“, sogar als störend, informiert mich ein anderer Interviewpartner in Gartz. In Gartz existierte bis 1960 ein Selbstversorger-Ackerbürgertum. Nachdem bis dahin selbständige Ackerbürger und Bauern nach der Kollektivierung aus den Dörfern in den Westen abgewandert waren, lockte die DDR-Regierung in den 60er Jahren mit der Aktion „Arbeiter auf's Land“ Fabrikarbeiter durch den Bau von Einzelhäuschen mit großem Garten in die Landwirtschaftsbetriebe. Der Bau der kleinen Einzelhäuser war so angelegt, dass private Kleinstlandwirtschaft für den Eigenbedarf möglich war. So wurde ein Bergarbeiter aus Thüringen LPG-Arbeiter in Gartz. Auf dem Boden seines Hauses hatten seine Frau und er das Heu für die Ziegen. Mit Hilfe von Kollegen hatte er das Haus auch unterkellern können, um Raum für das Eingemachte und die Kartoffeln zu haben.

Koloniegärten für die Landlosen

Generell ist das Ortsbild von Gartz bis heute von den Gärten geprägt. Manche der innerstädtischen Gärten rund um die große, nur halb wieder aufge-

baute Kirche werden von ehemaligen Flüchtlingsfrauen betrieben, die 1945 mit ihren Kindern in die halbzerstörten Höfe der Gartzener Innenstadt zogen, die die Alteinwohner verlassen hatten, als sie vor der Front nach Schleswig-Holstein flohen. Die Gärten in Gartz, die wir uns im Rahmen unseres Seminars 1996 genauer angesehen haben, sind entweder Hausgärten oder liegen auf innerstädtischen Brachen mitten in der Stadt, zwischen Stadtmauer und Wall oder an der Oder. Andere wiederum befinden sich in der Kleingartenkolonie und am Stadtrand. Die Gärten haben mindestens 40 Prozent Nutzfläche, meistens sind es erheblich mehr. Weniger als die Hälfte haben einen – für reine Erholungsgärten typischen – Sichtschutz und waren erheblich größer als die 600 Quadratmeter, die Kleingärtnern zugestanden wurden. Es handelte sich also um traditionell-ländliche Nutzgärten und nicht um urbane Ziergärten. In der Tradition der Bauerngärten der letzten hundert Jahre haben sie fast alle auch „was für's Auge“ – Blumen wie Dahlien, Gladiolen, Astern oder Sonnenblumen.

Für die Nicht-Hausbesitzer wurde in Gartz um 1980 eine Kleingartenkolonie im „Scheunenviertel“ am nördlichen Stadtrand eingerichtet. Bei der Erhebung 1996 waren wir über die soziale Intaktheit der Schrebergartenkolonie erstaunt, die Kolonisten pflegen ihr Gemeinschaftswesen wie ehemals. Hier gibt es, im Gegensatz zu dem, was aus der Kleinlandwirtschaft berichtet wurde, keinen Einbruch an nachbarschaftlicher Hilfsbereitschaft. Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Kleingärtner laut Statut und Satzung zu gemeinsamem Handeln verpflichtet sind. Als Gartzener Gartenkolonie waren sie aber auch in der Lage, sich gegen in ihren Augen übertriebene Auflagen des westdeutschen Kleingarten-Verbandes zu wehren. An die vom Gesetzgeber verlangte Aufteilung der Kleingärten in ein Drittel Rasenfläche, ein Drittel Nutzgarten, ein Drittel Blumen halten sie sich nicht. Das empfinden sie als überflüssig. Auf ihre Selbständigkeit und ihre Entscheidungsfreiheit sind sie stolz.

Aktiv im Vorstand ist Herr Müller, früher Koch in Schwedt. Er und seine Frau betreiben einen malerischen Garten auf einem Eckgrundstück der Kolonie in klassischer Arbeitsteilung: Sie macht die Blumen und er die Gemüsebeete. Hinten im Garten ist der Komposthaufen. Zusätzlich bekommen sie Mist vom Sohn, der in einem zehn Kilometer entfernten Dorf noch ein paar Schweine hält und mit seinem Mist nicht nur sie, sondern auch die Nachbargärten in der Kolonie versorgt. Der Garten

bringt bei weitem nicht genug Kartoffeln für die weite Verwandtschaft hervor, die sich im Garten trotz winziger Laube zu vielen Festen trifft, Pflanzen austauscht und Küchentipps weitergibt. „Ich kaufe nichts!“, sagt Frau Müller entschieden, „alle Stecklinge ziehe ich selbst oder wir tauschen sie hier untereinander.“

Schräg gegenüber betreiben die erst vor 20 Jahren Zugezogenen ihren Garten ebenfalls in klassischer Arbeitsteilung: Er macht die schweren Umgrabe-Arbeiten und sie alles andere. Als ich im Herbst 1996 durch die Kolonie wandere, zeigt mir die Koloniegärtnerin stolz ihre Zwiebel-, Kohl- und Kartoffelernte und zwingt mir begeistert von der Fülle ihrer wohlriechenden Ernte einiges aus ihrem großen Vorrat geradezu auf.

Die Frauen, die hier die Gebenden sind, sind es, die soziale Beziehungen herstellen. Als informelle Ökonomie ist die Gartenwirtschaft eine geldlose und insofern „weibliche“ Ökonomie: Hier bestimmen die Frauen: über das Verschenken und Tauschen knüpfen und erhalten sie soziale Beziehungen. Gärten gehören zum informellen Teil der Ökonomie als Erweiterung der Hauswirtschaft. Es wird nicht für den Verkauf produziert, sondern für die eigene Küche, zum Bewirten von Freunden und zum Beschenken der Familien. Gärten sind insofern Grundstock dessen, was heute als Tauschringökonomie neu diskutiert wird und z. B. vom „Bayrisch-Sächsischen Zukunftsbericht“ als Ersatz für die verlorene Erwerbsarbeit als sinnstiftende Eigenarbeit empfohlen wird (10).

Fazit

Die heutige Debatte über die Notwendigkeit angesichts wachsender Erwerbslosigkeit Eigenarbeit aufzuwerten, sollte die Ansätze, die auf dem Land traditionell bereits praktiziert werden, stärker berücksichtigen. Die Krise schafft Raum für bisher übersehene Möglichkeiten. Die Eigenarbeit ist ein Ersatz für verloren gegangene bezahlte Tätigkeiten, von außen aufgezwungen werden kann sie jedoch nicht. Empfehlungen wie im Bayrisch-Sächsischen Zukunftsbericht, Eigenarbeiten wieder aufzuwerten, sollten Politiker und Vollbeschäftigte auch als Aufforderung verstehen, bereits vorhandene Initiativen wahrzunehmen und zu unterstützen. Erwerbslosen kann man zwar Angebote machen, aber man kann sie nicht zu Arbeiten verpflichten. Sozialhilfeempfänger zwangsweise als Gärtner in städtische Grünanlagen zu schicken, geht meistens auf Kosten des Grüns und damit der Allgemeinheit.

Eigenarbeit hingegen ist bewusstes Selbermachen im Rahmen eigener Traditionen, entsprechend der individuellen Vorbildung und Vorlieben für sich und die soziale Bezugsgruppe. Als solche beinhaltet die Eigenarbeit sowohl Chancen für den einzelnen wie für die Gemeinde und die jeweilige Gegend. Die Eigenarbeit wertet das Leben in der Region wieder auf, denn sie fördert den direkten Austausch und Kontakt zwischen den Menschen am Wohnort. Vermehrte Eigenarbeiten unterstützen daher das soziale Miteinander als Voraussetzung für das Leben auf dem Land. Die regionale Selbstversorgung – und das erfahren die Leute ganz besonders in der Kleinlandwirtschaft und im Garten – fördert das Gefühl für die Sinnhaftigkeit des Tuns, in dem es in überschaubaren Lebens- und Arbeitsverhältnissen auch ein klares Wissen um Reichweite und Begrenzung der Beeinflussbarkeit von sozialen und natürlichen Umgebungen schafft. Eine sinnvolle lokale Sozialpolitik sollte daher primär auf die Erhaltung und Förderung des „sozialen Kapitals“ der kommunalen Gesellschaften zielen – als Gegengewicht zu den psychiatrisierenden Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung. Eine neue Sozialpolitik sollte den Menschen Perspektiven und Handlungsoptionen jenseits des Festhaltens an überkommenen gesellschaftlichen Leitbildern liefern und das beinhaltet auch – zumal auf dem Land –, dass die Kommunen Gartenland für alle, die es wollen, verfügbar machen (11). Der Bundesregierung wäre zu raten, dafür Sorge zu tragen, dass in Ostdeutschland ebenso vielen Menschen Grundbesitz ermöglicht wird wie im Westen. Zudem sollten Nachhaltigkeitsprogramme mit der Förderung menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen für Dorfbewohner, und das heißt auch mit der Förderung der kleinen Landwirtschaft verbunden werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. IRMTRAUT GRÜNSTEIDEL: Community Gardens – Grüne Oasen in den Ghettos von New York. In: ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN und ANNE HOLL (Hrsg.): Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Innsbruck/Wien/München 2000, S. 125–139 sowie EDIE STONE: Community Gardening wird zur politischen Bewegung. In: ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN, RENATE MÜLLER, PETRA BECKER für die Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft (Hrsg.): Die Gärten der Frauen – zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit. Herbolzheim: Centaurus 2001.

- 2 mit einer Seminargruppe vom Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin 4.–7. Juli 1994. TeilnehmerInnen waren: Bianca Brohmer, Meike Fürchtenich, Nathalie Groß, Kati Ihde, Henning Marten, Nadja Mes-seschmidt, Denise Notter, Manuela Liske, Uta Rüdell, Rena Schade, Katja Simons und Mareile Zech unter Leitung von Hartwig Berger und Elisabeth Meyer-Renschhausen
- 3 MAX WEBER: Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, dargestellt auf Grund der vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten Erhebungen. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 55, Leipzig 1892.
- 4 NIGEL SWAIN: „Hier steht jeder auf zwei Beinen“ – Die Kleinlandwirtschaft im postsozialistischen Mittel- und Osteuropa. In: Die Wiederkehr der Gärten (a. a. O.), S. 45–64, 48.
- 5 STEPHEN K. WEGREN (Ed.): Land Reform in the Former Soviet Union and Eastern Europe. London/ New York: Routledge, S. 39. Vgl. auch NIGEL SWAIN (a. a. O.), S. 53.
- 6 Vgl. ALBERT HERRENKNECHT: Das sozialistische Dorf – Die DDR-Dorfgeschichte von 1961 bis 1989. In: Ästhetik und Kommunikation, 30. Jg., September 1999, S. 26–35, sowie N. SWAIN: Traditionen der häuslichen Kleinlandwirtschaft in Osteuropa, in: Die Gärten der Frauen (a. a. O.).
- 7 Vgl. BARBARA ROCKSLOH-PAPENDIECK: Verlust der kollektiven Bindung – Frauenalltag in der Wende. Pfaffenweiler: Centaurus 1995.
- 8 Ausführlicher in: ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN: Vom Ackerbürgertum zur Schrebergartenkolonie – Verarmungs- und Reagrarisierungsprozesse in der Geschichte kleiner Landstädte Nordostdeutschlands. In: ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN und ANNE HOLL (a. a. O.), S. 9–19.
- 9 Interviews im Rahmen einer Seminar-Exkursion vom 6.–8.6.1996 mit Ulrike Borrmann, Kerstin Hamann, Julia Kemna, Yvonne Klepacz unter Leitung von Elisabeth Meyer-Renschhausen und Parto Teherani-Krönner.
- 10 Vgl. dazu u. a. ULRICH BECK: Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen (Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage), Bonn 1997 oder ULRICH BECK (Hrsg.): Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt a.M.: Campus 1999, S. 7–190.
- 11 Während in Westdeutschland jeder zweite Haushalt Grundvermögen hat, besaß in Ostdeutschland – zumindest 1993 – nur jeder vierte Haushalt Grund und Boden, resp. Eigenheim oder eine Eigentumswohnung. Vgl. aktuell, Pressedienst des Haus- und Grundbesitzerverbandes 21.8.1995.

Autorin

Priv. Doz. Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen, Mitglied der Arbeitsgruppe Agrar-Kultur und Sozialökologie an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitglied der Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land (E-Mail-Kontakt: gartenkonferenz@gmx.de) und Privatdozentin am Institut für Soziologie der Freien Universität in Berlin.

Kontakt:
Elisabeth Meyer-Renschhausen
Bülowsstraße 74, 10783 Berlin-Schöneberg
Telefon: 0 30/2 61 22 87
E-Mail: elmeyerr@zedat.fu-berlin.de
Internet: www.userpage.fu-berlin.de/~garten/